

com[p]act

Zeitschrift der
Politischen Gruppe Jena / Erfurt

3-09

Texte

Die Wahl

Das Highlight der Demokratie

Seite 2

Die Soziale Marktwirtschaft sorgt für „gesellschaftlich erwünschte“ Armut

Seite 13

Vortrag und Diskussion

Die Wahlen

Ein Lehrstück über die Herrschaft namens Demokratie

9. September, Universität Jena

10. September, "Filler", Erfurt

Seite 19

Konsum und Konsumkritik im Kapitalismus

‘Wohlstands- und Überflussgesellschaft’ - ‘Konsumterror - Konsumentenmacht’

29. September, Offene Arbeit, Erfurt

Seite 22

Die Wahl

Das Highlight der Demokratie

I.

Die Wahl - Ermächtigung der staatlichen Repräsentanten durch die Beherrschten

a) In der Wahl wird das von Parteien präsentierte und organisierte Personal gewählt, das für einen bestimmten Zeitraum Gesetze erlassen und die Regierungsgeschäfte führen soll. Der Wahl sind zum einen die Sortierung der Angehörigen eines Gemeinwesens in Führer und Geführte vorgelagert - letztere sollen ja erstere wählen, zum zweiten ein fix und fertiger Staatsapparat, dessen Führungsgämter mit der Wahl besetzt werden, und zum dritten eine definierte Staatsräson, die von den Ämtern aus gemanagt werden soll. Damit ist eines über die Wahl von vornherein klargestellt: Sie ist keine Einmischung der Bürger in das, was materiell-sachlich das Verhältnis von Staat und Bürger, von Herrschaft und Untertanen ausmacht. Die Überlegung, warum und wozu es eine solide durchorganisierte Herrschaft mit machtvollen Posten und elitären Amtsträgern braucht, ist dem Wähler schon immer praktisch abgenommen.

b) Wichtig an einer Wahl ist also zuerst und vor allem das, was nicht zur Wahl steht, mit der Wahl aber stillschweigend abgehakt wird. Das ist nämlich

nichts Geringeres als die gesamte politische Herrschaft: der Apparat; die Aufgaben, denen der sich widmet; die Leistungen, die er erbringt; die "Sache" der Nation; und dass es Führer braucht, die sich darum kümmern. Also schlichtweg alles, was die Masse des Bürgervolks als Beschränkung jeder materiellen Freiheit, als Härte ihres Erwerbslebens, als Inanspruchnahme durch private und öffentlich-rechtliche Machthaber, überhaupt als gesellschaftlich organisierte Last zu spüren bekommt. Das alles ist wie selbstverständlich gebilligt, wenn es ans Wählen geht - die Stimmabgabe ist ein ganz prinzipielles Bekenntnis zur Herrschaft und deren Staatsräson: Die Unterordnung unter den bei der Wahl unterstellten, gar nicht der Beurteilung anheimgestellten Staatswillen unterschreiben also mit ihrem Wahlkreuz ausgerechnet die, die von der Herrschaft zu Opfern gemacht werden.

c) Dass es bei der Wahl um das abstrakte, von den Interessen der Wähler getrennte Ja zur Herrschaft geht, reflektiert sich in der Wahl selbst:

- Der Wähler darf die Personen seiner Wahl ankreuzen. Mit dem Wahlkreuz wird von den Gründen, die der Bürger für seine Wahlentscheidung haben mag,

abgesehen. Was zählt ist seine Stimme, die in die Auszählung miteingeht.

- In dieser zählen alle Stimmen gleich, d. h. es wird abstrahiert von den jeweiligen gesellschaftlichen Rollen und Interessen ihrer Träger, und an ihnen nur die Bestimmung gelten gelassen, Herrschaft über sich zu wollen.

- Wenn dann nach dem Mehrheitsprinzip die Auszählung der Stimmen ausgewertet ist, haben die gewählten Repräsentanten die Freiheit, über das Wahlergebnis zu befinden und den Wählerwillen zu ermitteln. Welche Mehrheiten zustande kommen, wer die Minderheit bildet, ist Resultat ihrer Koalitionsverhandlungen und dabei sind die Abgeordneten bekanntlich nur ihrem Gewissen, also ihren (partei-)politischen Kalkulationen verantwortlich.

d) Diejenigen der politischen Bewerber, die von Volkes Stimme erwählt wurden, haben durch ihre Wahl das Recht, (in Regierungsverantwortung oder auf der "harten" Oppositionsbank) sich um die Ausgestaltung des Gemeinwesens verdient zu machen. Sie sind durch die Wahl ermächtigt, die Staatsnotwendigkeiten in dem von ihnen notwendig erachteten Sinn gegen ihr Volk zu exekutieren. Und diese Freiheit der Politik wird von den Politikern zurecht nicht gering geschätzt. Denn mit der Wahl haben die Wähler ja sie beauftragt, die Staatsgeschäfte zu führen, und sich damit für unzu-

ständig erklärt. Die Wahl gibt also den Bürgern die Gelegenheit, sich in Personalfragen einzumischen, um dann bei der Politik ausgemischt zu sein. Und das reklamieren Politiker auch, wenn sie gegen kritische Stimmen aus dem Volk die sachlich reichlich überflüssige Feststellung zum Besten geben, dass sie doch demokratisch gewählt worden sind, also mit dem Hinweis auf ihre Ermächtigung die Pflicht zum Maulhalten reklamieren, und es dabei nicht nötig haben, auch nur ein Wort über die strittige Sache zu verlieren.

II.

Die Verwandlung von Herrschaftskritik in demokratische Antikritik

Die Wahl stellt den Wähler vor die Entscheidung, bei wem er die Macht, der er sowieso gehorchen muss und die selber gar nicht zur Debatte steht, am besten aufgehoben sieht. Die Veranstaltung macht ihn zum ideellen Sachwalter, insofern zum bedingungslosen Parteigänger der Herrschaft, die über ihn ausgeübt wird: In ihrem Namen darf und soll er die Kandidaten für die zu vergebenden Posten kritisch prüfen. In diesem Sinn ist sie der Maßstab, an dem die Bewerber sich bewähren und sich messen lassen müssen - also nicht so sehr die Herrschaft selbst, vielmehr ein Idealbild von ihr, das die Herstellung, Aufrechterhaltung und Ausübung von Herrschaftsverhältnissen als eine einzige Hilfestellung für ein bürgerliches Leben unter "den gege-

benen Verhältnissen” vorstellig macht und die Staatsgewalt als Schutzmacht für eine “gewachsene” Volksgemeinschaft im Innern und nach außen. Ein derart verkehrtes Spiegelbild der politischen Macht ist die Prämisse aller Urteile über den Gebrauch, den die Wahlbewerber von ihren Ämtern machen bzw. zu machen versprechen. Alle kritische Aufmerksamkeit gilt dem vorzeigbaren und in Aussicht gestellten Erfolg der Kandidaten bei ihrer entsprechend schönfärberisch dargestellten Tätigkeit - deswegen unter geschulten Demokraten auch nicht zuletzt ihrem Erfolg bei der schönfärberischen, empfehlenden Darstellung ihrer Tätigkeit. Dieser Kritik fallen die nicht gewählten Kandidaten zum Opfer. Für die politische Elite insgesamt, die auf die Art in die höchsten Ämter drängt, ist eine derartige Überprüfung jedoch leicht auszuhalten: Sie ist eine Steilvorlage für ihre Konkurrenz. Denn das Kriterium, das da an sie angelegt wird, ist gar kein anderes als dasjenige, an dem die Herrschaftsaspiranten selber sich unbedingt bewähren wollen: die Macht, die mit ihrem Amt verbunden ist, fest in Händen halten; sie so gebrauchen, dass sie keinen Schaden nimmt, sondern wächst - und ihr Inhaber mit ihr; sich als Herrschaftsfigur gegen alle Anfechtungen und am Ende unanfechtbar etablieren und vor den Regierten eine gute Figur machen; mit der anvertrauten Macht möglichst derart verwachsen, dass Amt und Eigenname austauschbar werden ... Die Herrschaftskritik, zu

der eine freie Wahl die der Herrschaft unterworfenen Wähler herausfordert, ist entschiedenste Antikritik, sowohl, was die Herrschaft selbst, als auch, was die Machtgier der zu wählenden Herrschaften betrifft.

III.

Die demokratische “Reife” einer Nation

a) Demokratische Wahlen gibt es nicht überall, aber nach dem maßgeblichen Willen der freiheitlichen Staatenlenker sollen sie überallhin. Der edle Exportartikel stammt eben nicht zufällig aus den so genannten “gefestigten Demokratien” des Nordens. Nur da läuft das Wählen geordnet ab und stiftet mit der Auszählung der Stimmen auch wieder den politischen Frieden, den die Wahlauseinandersetzung kalkuliert und befristet in Frage stellt. Denn dort ist dermaßen viel dermaßen fest geregelt, dass es glatt Freiheit für Alternativen des Wer und Wie der Machtausübung gibt, ohne dass sonst irgendetwas, geschweige denn die Macht und ihre Ausübung selber in Frage gestellt würde. Da herrscht nämlich jenseits aller freien Wahlentscheidung das Recht, das allen gesellschaftlichen Interessen wirksam vorschreibt, wie sie zu verfolgen sind, und das so durch systematische Ermächtigung und Beschränkung aller Bürger für inneren Frieden und ein funktionales Zusammenwirken aller gegensätzlichen und konkurrierenden Interessen sorgt. Da ist sogar die Herrschaft selbst funk-

tional in Exekutive, Legislative und Judikative aufgeteilt, also als System arbeitsteiliger Selbstermächtigung organisiert, welches die Inhaber der Macht mit festen Teilaufgaben im Rahmen quasi objektiver Staatsziele betraut und so in grundsätzlich austauschbare Staatsdiener verwandelt. Da kommt also auch nichts durcheinander, wenn verschiedene Parteien um die höchsten Staatsämter konkurrieren und das Wahlvolk zur Entscheidung ihres Gerangels einladen: Ihr Konkurrenzkampf ist einer ums Bessermachen; Ziel und Erfolgskriterium sind Grundlage, nicht Gegenstand der Auseinandersetzung.

b) Zu derart wohlgeordneten und festgefühten Gemeinwesen haben es ausgerechnet die erfolgreichen unter den kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaften gebracht. Sie beruhen auf Gewalt und Herrschaft, denn nur die Macht des Staates schafft und schützt die Privatmacht des Eigentums an Produktionsmitteln und schließt die große Mehrheit ihrer Untertanen von der Verfügung darüber aus. Diese Mehrheit wird durch das Recht der Macht der Eigentümer ausgeliefert und auf die Rolle des arbeitsamen Kostenfaktors für deren Gewinnmaximierung festgelegt. Der moderne kapitalistische Staat hat aber sogar die trostlose Rolle von Knechten unter fremdem Kommando und zu fremdem Nutzen durch umfassende Verrechtlichung zu einer ehrenwerten, mit gesetzlich geschützten Ansprüchen und Pflichten ausge-

statteten Erwerbsquelle ausgebaut, die insofern gleichberechtigt neben der Erwerbsquelle der vermögenden und ausbeutenden Klasse steht. Proletarier wie Fabrikherren sind verpflichtet, auf vertraglicher Basis zu verkehren und



den Arbeitsvertrag einzuhalten, der selbstverständlich fürs Kapital rentable Arbeit zum Gegenstand hat. Sogar dem Interesse, das den kapitalistischen Laden stört, sobald es sich meldet - demjenigen an einem auskömmlichen Lebensunterhalt für alle, kurzen Arbeitszeiten und bequemen Arbeitsverhältnissen -, hat dieser Staat den ihm gebührenden, nämlich äußerst nachrangigen Platz im Gemeinwesen zugewiesen; den schützt er dann. Wenn sie auf diesen Schutz setzen, sind die Lohnabhängigen grundsätzlich reif dafür, die Macht zu wählen, die sie lohnabhängig macht. Freilich müssen sie dann noch den nächsten Schritt tun und ihre unausbleibliche Enttäuschung richtig verarbeiten, nämlich

ihre bleibende Unzufriedenheit aufteilen: in den einen Teil, wo einfach nichts zu machen ist, weil “die Verhältnisse” “nun einmal” so sind, wie sie sind, und wo jeder selber schauen muss, wie er durchkommt; und in den anderen Teil, wo einem das Recht zugestanden wird, sich über eigentlich überflüssige Härten und ungerechte Benachteiligung zu beschweren und den Regierenden Versagen vor ihrem eigentlichen Herrschaftsauftrag vorzuwerfen. Auf die Art werden Lohnarbeiter im Namen der Herrschaft, die sie auf ihre unschöne Lebenslage festnagelt, zu Kritikern der Herrschenden, von denen sie diesem ihrem Status gemäß behandelt werden. Wenn sie es schließlich mit dem Übelnehmen nicht übertreiben, sondern vor allem Einsicht in das Unvermeidliche zeigen und ihre politische Unzufriedenheit auf eine Wahlstimme für die Partei beschränken, die sie für das kleinere Übel halten, also mit ihrem aktiven Wahlrecht so passiv bleiben, wie sich das gehört, dann ist auf sie Verlass und die Demokratie stabil.

c) Aktiv sind in einer solchen Demokratie diejenigen, die das passive Wahlrecht wahrnehmen und sich in die Machtpositionen hineinwählen lassen; der Wille des so genannten demokratischen Souveräns ist Produkt der von ihnen betriebenen politischen Willensbildung. Wenn sie sich konkurrierend gegen ihresgleichen um das Vertrauen der Wähler bemühen, dann legen sie denen immer wieder

von neuem die Zumutung ans Herz, zu trennen zwischen der Herrschaft als einem unparteiischen Sachzwang des Zusammenlebens, den sie brauchen, und dem Personal der Herrschaft: dem schlechten, das sie in die Wüste schicken sollen, und dem guten, das diesen segensreichen Sachzwang richtig exekutiert und dafür gewählt werden muss. Wahlkämpfer greifen jede vorhandene oder erregbare Unzufriedenheit im Volk auf, übersetzen sie in einen Ärger über Versäumnisse und Fehler der Mächtigen bei der Ausübung ihres Amtes und geben ihr in dieser Fassung unbedingt Recht. Sie stellen dem breiten Publikum seine systemgemäßen, mit seiner ökonomischen Position einhergehenden Nöte als Resultat vermeidbarer Fehler einer Regierung dar, die “es nicht kann” (Merkel 2004), und bieten sich als Staatslenker an, die “nicht alles anderes, aber alles besser machen” (Schröder 1998). Gegen die Opposition, die die Beschädigung aller möglichen Interessen als “handwerkliche Fehler” anprangert, bestehen die Amtsinhaber auf der sachzwanghaften Notwendigkeit ihrer Aktionen angesichts der Lage, in der auch die Opposition nicht anders handeln könnte; die hat in Wahrheit “keine Konzepte”, sondern nur “leicht reden”, weil sie nicht “in der Verantwortung steht”. Im Endeffekt definieren die feindlichen Werbestrategen, die dem Volk sagen, welche seiner Opfer es unter ihrem Kommando nicht bräuchte, gemeinsam, welche es auf jeden Fall braucht - für das Va-

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

2-09

Das Finanzkapital

II. Die Entfaltung der Kreditmacht des Finanzkapitals:
Die Akkumulation des „fiktiven“ Kapitals

Ansprüche und Widersprüche
der staatlichen Krisenpolitik

„Bad Bank“

Viel Geld zur Rettung der Banken, eine Lektion
über die Verrücktheit des Kapitalismus gratis als Dreingabe

Mexikos Kampf gegen den Staatsnotstand

Der lateinamerikanische Vorzeigestaat der USA
ringt um sein „Erfolgsmodell“

5. Weltwasserforum: Wie man erfolgreich Wasser in Geld verwandelt · Merkel bei Opel in Rüsselsheim: „Angie, lass uns nicht im Stich!“ · Amoklauf in der Schule: Schrittfolge eines fast normalen Wahnsinns · Haftbefehl gegen den Präsidenten Sudans · „Nein zum Krieg! Nein zur NATO!“ – Und ein Ja zum demokratischen Staat? Wie soll das denn zusammenpassen! · Ihr wollt nicht für die Krise des Kapitals zahlen? Dann tut es auch nicht! · Frau Schwan warnt vor sozialen Unruhen – und stiftet Unruhe in der Öffentlichkeit · Der „Frankfurter Appell“: IG Metall feiert einen Sieg im Kampf um den Zeitgeist · Abwrackprämie oder: Die schäbige Rolle der kleinen Kaufkraft · „Boss-Napping“ in Frankreich: Entlassene Arbeiter werden militant · Der Kapitalismus ist scheiße, aber alternativlos

terland, die Konjunktur, die Arbeitsplätze - und was deshalb den Verdacht nicht verdient, da sei ein ziemlich massenfeindliches Interesse am Werk, dem der Staat mit Gewalt Geltung verschafft.

IV.

Das demokratische Gütesiegel: Führerqualität

Das demokratische Kunststück, dem Wahlvolk Alternativen vorzulegen, damit es durch die Wahl zwischen ihnen unterschreibt, dass es keine Alternative hat, kommt zum Kern der Sache, wenn sich die Konkurrenten um die Wählergunst unmittelbar als Personen empfehlen, die Führung bieten, und sich durch nichts als die gekonnte Demonstration ihrer Führungsqualitäten mehr vom Konkurrenten unterscheiden wollen. Die Wähler, die sich von solchen Machtmenschen fragen lassen, wer "der Beste für unser Land" ist, anerkennen in aller Freiheit durch die Auswahl, die sie treffen, dass sie Führung brauchen und überhaupt nichts dabei finden, sich von Machthabern ihre Existenzbedingungen diktieren zu lassen - nach Gesichtspunkten und im Interesse von Zielsetzungen, denen sie weiter gar nicht auf den Grund gehen wollen. In ihrer vollendeten Form hat die Freiheit, die die Wahl stiftet, also wohl doch auch gewisse kulturelle Voraussetzungen: Sie fordert vom Wähler die Bereitschaft, sich durch die Inszenierung von Führungskraft und Leutseligkeit, durch

inszenierte Schaukämpfe und inszenierten Jubel, durch flotte Werbesprüche und die Wucht des seinetwegen betriebenen Aufwands beeindrucken zu lassen; sie verlangt die Fähigkeit, die Angeberei politischer Häuptlinge vergleichend zu goutieren und die Prominenz selbst "irgendwie gut" zu finden. Die Dummheit ist gefragt, über politische Machthaber quasi persönliche Geschmacksurteile zu fällen; sei es auf der Hurra-Ebene oder unter Berufung auf einen "persönlichen Eindruck", sei es in der Rolle eines ideellen Image-Beraters oder des abgeklärten Durchblickers, der die politische Überzeugungskraft eines Kandidaten nach der erzielten Wirkung zu benoten versteht. Funktionierende Demokratien zeichnen sich durch eine pluralistische Öffentlichkeit aus, die ihre abschätzigen wie ehrerbietigen Einschätzungen auf verschiedensten Ebenen und für jedes Anspruchsniveau gerecht verteilt und so ihr Publikum zum sachkundig-kritischen Genuss des parteiischen Personenkults erzieht, an dessen Darbietung sie sich selbst heftig beteiligt.

V.

Die Sicherstellung der Herrschaftsausübung vor dem Wähler und seiner Wahl

a) Trotz der allumfassenden Durchsetzung und Anerkennung des Rechts, der gelungenen Integration der ausgebeuteten Klasse ins Gemeinwesen und der erfolgreichen politischen Willens-

bildung verlassen sich die Demokraten von oben nicht auf die hergestellte Harmonie zwischen der Herrschaft und ihrer Basis: Sie entziehen den Staat der Beurteilung, indem sie die Performance der Staatsagenten zum Gegenstand der Beurteilung machen, sie ersparen dem Staat den Unmut der Geschädigten und das Risiko der Zustimmung des Volkes zu ihm, indem sie die Karrieren seines Personals dem Risiko der Ablehnung aussetzen - und dennoch haben sie ihre Bedenken gegen so viel Einfluss des Pöbels auf die Obrigkeit. Und zwar nach beiden Seiten hin: was die sachgerechte Ausübung der notwendigen Herrschaft, wie auch, was die notwendige Freiheit des herrschenden Personals betrifft - irgendwie ist den demokratischen Verantwortungsträgern selbst die demokratische Scheidung zwischen einer unangefochtenen Staatsräson und deren jeder Nörgelei und der Gefahr der Abwahl ausgesetzten Exekutoren nicht ganz geheuer.

b) Steht eine Wahl im Kalender oder gar mehrere im Jahr, dann bekunden professionelle Demokraten ihre Sorge um den Gang der Staatsgeschäfte. Das Regieren stockt, notwendige Entscheidungen bleiben unerledigt, weil die Macher aufs Wohlwollen der Wähler schielen müssen und nicht mit der gebotenen Konsequenz durchgreifen können: Die Macht leidet darunter, dass die Macher konkurrieren und die Konkurrenz auch noch durch das regierte Volk entschieden wird, nach



dem Urteil kompetenter Demokraten dann doch die inkompetenteste Figur im ganzen Land.

c) Die unfähige Masse verdirbt außerdem die politischen Sitten - in grotesker Umkehrung des wirklichen Verhältnisses zwischen aktiven Wählern und passiv Gewählten werden die Adressaten für die Peinlichkeiten haftbar gemacht, die die Arrangeu-

re des demokratischen Personenkults ihnen zumuten. Der Wahlkampf, die politische Bildungsveranstaltung fürs Allerheiligste der Demokratie, die Willensbildung des Souveräns, steht im schlechtesten Ruf: Auskünfte der Politiker im Wahlkampf sind nicht zum vollen Wert zu nehmen, die Damen und Herren betreiben schließlich Wahlkampf und müssen das Volk betören. Versprechungen sind da ebenso nötig wie unseriös: Der Souverän will schließlich betrogen sein - frei-

lich kann Betrug im eigentlichen Sinn nicht vorliegen, wenn ihn die Gegenpartei umgehend denunziert; Entgleisungen sind jedoch immer drin.

d) Im Reich der demokratischen Freiheit bleibt es daher nicht bei Klagen über die Unmöglichkeit, dem Untertan die Politik zu erklären und ihn damit auch noch für sie einzunehmen. Der Rechtsstaat als Veranstalter der Wahl trifft Vorkehrungen, damit die schwer berechenbare, wenn auch ständig berechnete Wählerlaune nichts durcheinander bringen kann. Er entscheidet über Zulassung und Nichtzulassung von Parteien und grenzt den "Verfassungsbogen" ein, innerhalb dessen das Volk seine Wahl zu treffen hat. Seine Gesetze regeln den Modus der Abstimmung - Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht - und richten z. B. eine nützliche 5 % Klausel ein, die Minderheiten aus den Parlamenten fernhält. Seine Organe überwachen den Wahlprozess sowie die Auszählung der Stimmen und behalten sich die Entscheidung über Streitfragen dabei vor. Die staatstragenden Parteien, die gegeneinander wahlkämpfen, wirken zusammen, wenn es darum geht, sich das für moderne Werbekampagnen nötige Geld aus dem Staatshaushalt zu genehmigen und die nicht so gut etablierte Konkurrenz davon ebenso wie vom Zugang zu den Massenmedien auszuschließen, die das Volk erreichen; denn dass Wahlerfolg hauptsächlich eine Frage des dafür betriebenen Werbeaufwands ist, das gilt in gefestigten



176 Seiten (2007)
 EUR 12.80 sFr 23.20
 ISBN 978-3-89965-210-9

Freerk Huiskens verdeutlicht Zusammenhänge, die gerne ausgeblendet werden: Die Unregierbarkeit von Schülern, Schulklassen und ganzen Schulbelegschaften ist das unerwünschte Produkt sehr erwünschter Schul-, Sozial- und Ausländerpolitik.

Demokratien unbestritten. Auch das ist durchaus kein Widerspruch zur Demokratie, wenn die Teilnahme an der Abstimmung an eine gewisse staatsbürgerliche Reife gebunden wird, die sich daran zu beweisen hat, dass der Wahlwillige eine umständliche, bisweilen schikanös ausgestaltete Registrierung als Wähler übersteht.

e) Auch ist heutzutage der Kunstgriff keineswegs ausgestorben, der im Mutterland der Demokratie früher einmal dazu gedient hat, bestimmten Mitbürgern jede Chance auf unerwünschte Abstimmungserfolge zu verbauen: Das gezielte Zerstückeln und Zurechtschneiden der Stimmbezirke, um unliebsam überraschende Wahlergebnisse auszuschließen - "Gerrymandering" nennt das der Amerikaner, der sich da auskennt -, ist in den modernsten Zwei-Parteien-Systemen zur Perfektion entwickelt worden, um einer Partei dauerhaft den Wahlerfolg zu sichern. Eine Praxis, die verrät, wie sehr demokratische Politiker eben doch ganz grundsätzlich unter der generellen Maßregel leiden, die das alles entscheidende Gütesiegel ihrer Staatsform ausmacht: dass sie als Machthaber mit der Macht, die sie haben, bloß trennbar verbunden, nur bis auf Widerruf durch die nächste verlorene Wahl mit ihrem Stück Staatsgewalt identisch sind. Schließlich geben sie sich alle Mühe, in ihren Anteil an der politischen Herrschaft hineinzuwachsen; nicht bloß irgendeinen Job zu tun - am wenigsten dann, wenn sie in dem Jargon darüber

reden -, sondern die Sache der Nation höchstpersönlich zu repräsentieren; so gut und so gültig wie kein anderer, schon gar keiner von der anderen Partei. So gesehen grenzen auch und gerade für demokratische Politiker eigene Wahlniederlagen immer ein bisschen an Putsch und Vaterlandsverrat - ungerrecht sind sie allemal.

f) Deswegen ist es auch nur gerecht, wenn sie alles tun, was in ihrer Macht steht - solange sie sie haben -, um den GAU einer Niederlage zu verhindern. Da werden Rivalen schon mal mit Hilfe von Enthüllungen, die ermittelnde Staatsorgane zugänglich machen, moralisch vernichtet oder kriminalisiert; der Gegner wird mit verbotenen Mitteln ausgespäht, um seine Wahlkampf-Strategie zu durchkreuzen; Wahlhelfer "organisieren" Wahlstimmen in Pflegeheimen oder per Mehrfach-Abstimmung; bei der Auszählung wird ein wenig geschoben ...

g) Fälschung und Betrug sind freilich verboten und, wenn sie herauskommen, definitiv geächtet. Die Übergänge sind zwar fließend, und die Versuchung, gute Ergebnisse auch mit inoffiziellen Mitteln sicherzustellen, gibt es immer und überall. Letzten Endes und unter Protest setzen gute Demokraten dann aber doch die Prozedur der Wahl höher an als ihre Rivalität untereinander; sie wollen das zuverlässige Ja zum Staat nicht gefährden, das die Wahl stiftet und um das es allen konkurrierenden Parteien geht. Deshalb bekennt der un-

terlegene Kandidat seine Niederlage und gratuliert dem Sieger, wie säuerlich und hinterhältig auch immer, zum Vertrauen des Volkes, das er gewonnen hat; der Sieger dankt seinerseits dem Verlierer für das freimütige Bekenntnis seiner Niederlage, bekundet ihm seinen Respekt, erklärt die wahlkampfbedingte Spaltung des Volkes für geheilt und sich zum Präsidenten oder Kanzler aller Bürger. Sieger und Verlierer der Wahl anerkennen sich in gut demokratischen Staaten als Alternativen des Gleichen. Sie wissen, dass die Gegenpartei Zweck und Erfolg der Staatsmacht genauso definiert wie sie selbst und dass sie den Erfolg auch auf etwa dieselbe Weise zu erreichen sucht. Ihre Bereitschaft, sich höflich ins konstitutionelle Gefüge einzuordnen, relativiert ihre Wahlkampfhetorik vom Untergang des Vaterlandes im Fall eines verkehrten Wahlergebnisses und stellt klar, dass sie sich wirklich nur in einer Hinsicht im Wege waren: Die Spitzenposition im Staate, um die sie sich bewerben, gibt es nur einmal. Unter derartigen Umständen können die Verlierer der Wahl mit dem Ergebnis freilich auch leben; auch für sie hält die Demokratie ein ehrenwertes Plätzchen bereit: Sie müssen halt die "harte Oppositionsbank" drücken und sich bis zum nächsten Mal mit dem Teil der Macht und dem Geld zufrieden geben, die damit verbunden sind.

h) Melden sich im Land politische Alternativen zum Staatsprogramm und bestreiten praktisch dessen Alternativ-

losigkeit oder wollen sich gar die Untertanen mit ihrer Rolle als Wahlvolk nicht mehr bescheiden und lieber ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, dann stellt nicht der Staat sich und sein Programm, sondern eben die demokratische Wahl zur Disposition. Mit seinen Notstandsgesetzen, mit denen er - ganz Rechtsstaat - auch noch den äußersten Gegensatz zwischen sich und seinen Bürgern kodifiziert, stellt er ein letztes Mal klar, dass das demokratische Prozedere Mittel seiner Herrschaftsausübung ist, so dass, wenn die fraglose Zustimmung zu ihm nicht gegeben ist und deswegen auch nicht abgefragt wird, eben deren Herstellung auf der Tagesordnung steht - und zwar mit dem rücksichtslosen Einsatz von Polizei und Militär, womit denn sonst?

Quelle: www.sozialistischegruppe.de



Die Soziale Marktwirtschaft sorgt für „gesellschaftlich erwünschte“ Armut

Seit der internationale Finanzmarkt sich selbst zerlegt hat und sich infolgedessen die sonstigen Märkte in einer satten Weltwirtschaftskrise befinden, hat das Dogma vom freien Markt, der alles dann am besten regelt, wenn nicht in ihn „eingegriffen“ wird, etwas an Popularität eingebüßt – praktisch und theoretisch. Während sich staatliche Rettungspakete, Schutzschirme und Konjunkturprogramme darum bemühen, marktwirtschaftlicher Geschäftstätigkeit zum Erfolg zu verhelfen, während Kurzarbeitsregelungen Massenentlassungen verzögern und Sicherungsklauseln in der Rentenformel die Altersarmut regeln sollen, während die Politik also kräftig am Regeln ist, zerbrechen sich die ökonomischen Sachverständigen öffentlich den Kopf darüber, ob sie das – marktwirtschaftstheoretisch betrachtet – soll, muss oder darf.

Darf sie, so teilt uns ein Herr Strobl im Feuilleton der FAZ mit, und soll sie sogar, damit „der Markt wirklich sozial wird“.

Was der Markt (nicht) leistet

Dabei beruft er sich auf den „Erfinder“ der „Sozialen Marktwirtschaft“. Der hieß Alfred Müller-Armack und verfasste 1946 ein Werk mit dem Titel

„Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“, in dem er die Marktwirtschaft als das jeder wirtschaftlichen Planung unbedingt vorzuziehende Wirtschaftssystem propagierte – wegen ihrer hohen ökonomischen „Leistungsfähigkeit“ und der Freiheit des Individuums. Der Markt solle, so referiert die FAZ, „besser als jedes andere System“ für Produktivität und Reichtum, führe allerdings „mitunter“ zu „gesellschaftlich unerwünschten Einkommens- und Vermögensverteilungen“. Dass der produzierte Reichtum gar nicht mitunter, sondern mit schöner Regelmäßigkeit dort landet, wo sich im Ausgangspunkt schon Geld bzw. Kapital befindet, ist in einer Gesellschaft, die marktwirtschaftlich wirtschaftet, selbstverständlich nicht „unerwünscht“. Kapitalvermehrung ist schließlich der Zweck der ganzen Veranstaltung. Dass die Mehrheit der Bevölkerung allerdings ebenso regelmäßig in aller Freiheit von einem Einkommen leben muss, das für das Lebensnotwendige nicht reicht, wenn man seine Höhe von der Leistungsfähigkeit der Marktgesetze bestimmen lässt, und dass sie deshalb ihre Funktion als Arbeitnehmer und/oder Staatsbürger nur eingeschränkt oder gar nicht erfüllen kann, stört die Macher dieser Gesellschaft schon – mitunter

jedenfalls. Müller-Armack weiß, was da zu tun bzw. zu unterlassen ist.

In gar keinem Fall darf der „Marktmechanismus“ beeinträchtigt werden. Das wäre dann der Fall, wenn die Politik Preise anordnete, zu denen die armen Teufel sich das Zeug, das sie brauchen, leisten könnten, oder wenn sie ihnen ein ausreichendes Einkommen garantierte. Preis-, Miet- und Lohnbindungen lehnt der „geistige Vater“ der Sozialen Marktwirtschaft entschieden ab. Derartige Maßnahmen wären nämlich ganz schlecht für die Effektivität des Marktes, auf dem das „freie Spiel von Angebot und Nachfrage“ zu Preisen führt, die „die zentrale Rolle bei der Anzeige von Knappheitsverhältnissen“ spielen.

Das behauptet jedenfalls Müller-Armack (und mit ihm die VWL bis heute): Ein hoher Preis hat seinen Grund darin, dass ein Gut „knapp“ ist. Deshalb kriegen es nur ein paar Wohlhabende, die diesen Preis bezahlen können. Ein hoher Preis führt aber auch zu einem steigenden Angebot an diesem Gut, das dann nicht mehr knapp ist, weshalb sein Preis runter geht und weniger Wohlhabende es sich auch leisten können. So will es in der wirtschaftswissenschaftlichen Modellwelt das „Gesetz von Angebot und Nachfrage“ – und so ist es auf dem realen Markt keineswegs.

Momentan sind beispielsweise Autos alles andere als knapp. Massenweise können produzierte Neuwagen nicht abgesetzt werden, weil sie für viele Leute, die durchaus ein neues

Auto brauchen könnten, zu teuer sind. Trotzdem sinken die hohen Preise nicht, jedenfalls nicht so weit, dass sie zur Zahlungsfähigkeit dieser Nachfrager passen würden. Um die Befriedigung von Nachfrage geht es nämlich immer nur als Mittel der Gewinnerzielung, und so sind auch die Marktpreise kalkuliert: Mit dem Verkauf soll ein Überschuss über die Produktionskosten erzielt werden. Wenn diese Preiskalkulation nicht aufgeht, die Waren zu diesem Preis nicht verkauft werden können, unterbleibt ihr Verkauf. Damit stellt sich ihre Produktion, die ja sachlich ein Erfolg war – schließlich hat sie eine Menge gebrauchsfähiger Güter erzeugt – als marktwirtschaftlicher Misserfolg heraus. Für den Konsum stehen diese Güter deshalb nicht zur Verfügung. Ressourcen und Arbeit, die für ihre Herstellung nötig waren, waren vergeblich aufgewendet, nicht, weil niemand diese Güter konsumieren wollte, sondern weil die Preiskalkulation ihrer Hersteller nicht aufging. Was nicht gewinnbringend verkauft werden kann, ist in der Marktwirtschaft schlicht wert- und nutzlos. Von Knappheit an Gütern, die der Preis „anzeigen“ müsste also keine Spur! „Knapp“ ist nur das Geld der Armen, die der Preis der Waren am Konsum hindert. Überproduktion von Waren, die auf dem Markt nicht abzusetzen sind, neben einer Vielzahl von Armen, denen es an diesen Produkten fehlt, das ist die „hohe Leistungsfähigkeit“, für die die Liebhaber der Marktwirtschaft dieses System so gerne loben.

Die behaupten nun, dass dieses Missverhältnis ein zwar unschönes, aber notwendiges Zwischenergebnis im „Spiel von Angebot und Nachfrage“ sei, das „der Markt“ selbst korrigiere. Findige Anbieter würden ihre Kalkulation nämlich der Geldknappheit bei den Nachfragern anpassen und Billigprodukte auf den Markt werfen, die diese sich leisten können, und schon sind Angebot und Nachfrage wieder auf bestem Weg zum Gleichgewicht. Bloß: Welche Anbieter nun „findig“ genug waren, stellt sich wiederum ex post und in bekannt „effizienter“ Weise nach erfolgter Produktion auf dem Markt heraus. Der ist, wie immer, so auch in diesem Fall, bevölkert von Geschäftsleuten, die alle bestrebt sind, ihre Produktionskosten so weit zu senken (die Kosten wohlgemerkt, nicht etwa, wie die VWL gerne glauben machen möchte, den Ressourcenverbrauch), dass sie die Konkurrenten preislich unterbieten und aus dem Markt drängen können. Anbieter, die da unterliegen, können einpacken. Ihre Produkte bleiben liegen, ihre Produktionsanlagen sind als unrentabel auszumustern und Leute, die da gearbeitet haben, verlieren deshalb ihre Existenzgrundlage.

Sachlich zeichnet sich die Marktwirtschaft also durch eine grandiose Verschwendung von materiellem Reichtum bei gleichzeitiger massenhafter Verarmung aus. Beides effizient für die Erwirtschaftung von Profit, aber eben auch nur dafür.

Wie seine Leistungen zu „korrigieren“ sind

Auf diese „ökonomischen Leistungen“ der Marktwirtschaft will Müller-Armack nichts kommen lassen. Die „Automatik des Marktes“ sei, so beteuert er, ein „überaus zweckmäßiges Organisationsmittel“. Das Resultat allerdings, das sie hervorbringt, hält er für korrekturbedürftig: „Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen“, zitiert ihn die FAZ. Eigentlich liegt ja nun der Gedanke nahe, dass an den Zwecken der Marktwirtschaft etwas faul sein muss, wenn sie, zweckmäßig betrieben, zu unbefriedigenden Ergebnissen führt. Die „marktwirtschaftliche Verteilung“ führt nicht ausnahmsweise, sondern beständig zu Reichtum auf der einen und Ausschluss von vorhandenem Reichtum auf der anderen Seite, weil Anbieter und Nachfrager als Privateigentümer den Markt schon mit dieser Voraussetzung betreten, wenn die einen Kapital und damit Produktionsmittel besitzen und die anderen nicht. Diese müssen, weil sie damit von deren Nutzung ausgeschlossen sind, den Besitzenden ihre Arbeitskraft anbieten, die von denen nur nachgefragt wird, wenn sie so billig ist, dass ihre Käufer mit ihrer Anwendung einen Profit erzielen.

In der Markttheorie von Angebot und Nachfrage kommt das alles so nicht

Fragen, Anregungen und Kritik an:

politische gruppe jena / erfurt

www.pg.blogsport.de
politische.gruppe@gmail.com

V.i.S.d.P.: Theo Wentzke, Böblinger Str. 135, 70199 Stuttgart
(Eigendruck im Selbstverlag)

[p]

vor. Da agieren „Leistungsbringer“ mit unterschiedlichen „Qualitäten“ – der eine hat kräftige Oberarme, ein anderer kann gut rechnen und ein Dritter hat eben viel Geld. Das führt, so die Theorie weiter, zu einer „Einkommensverteilung“, die Alt- und/oder Neoliberalen als schwer in Ordnung, weil irgendwie leistungsgerecht, propagieren. Andere Markttheoretiker sehen das mit der unterschiedlichen Leistung im Prinzip genauso, stehen aber dem Ausmaß der so erzeugten Armut kritisch gegenüber. Zu denen gehört Müller-Armack. Er erteilt der Politik den Auftrag, für die „notwendige Rücksichtnahme auf sozialetische Prinzipien“ zu sorgen und die „marktwirtschaftliche Einkommensverteilung“ zu korrigieren, ohne aber dabei in den „Marktmechanismus“ einzugreifen, der diese Verteilung hervorbringt.

Das geht korrekterweise so: „Wenn auf dem Weg der Besteuerung die höheren Einkommen gekürzt und die einlaufenden Beträge etwa in Form von direkten Kinderbeihilfen, Mietzuschüssen, Wohnungsbauzuschüssen weitergeleitet werden, liegt geradezu der Idealfall eines marktwirtschaftlichen Eingriffs vor.“

Wenn die Marktwirtschaft also dafür sorgt, dass viele Marktteilnehmer von einem Einkommen leben müssen, das für Wohnen und das Großziehen von Kindern nicht ausreicht, dann ist ihr das einerseits nicht vorzuwerfen, es entspricht aber andererseits nicht den „Notwendigkeiten des staatlichen

und kulturellen Lebens“, die Müller-Armack verwirklicht sehen möchte. Zu denen gehört es, dass auch Niedriglohneempfänger ausgeschlafen und gewaschen am Arbeitsplatz erscheinen und den „gesellschaftlich erwünschten“ Nachwuchs produzieren können. Sozialethisch betrachtet darf ihre Armut nur so groß sein, dass sie ihnen die Erfüllung dieser sozialen Aufgaben nicht verunmöglicht. So viel „Wohlstand für alle“ muss sein und deshalb muss der Staat eine nachträgliche „Vermögensumverteilung“ vornehmen, indem er die Reichen besteuert und die Armen bezuschusst. Dieser Fall von „marktwirtschaftlichem Eingriff“ ist für Müller-Armack deshalb „ideal“, weil er zu seinem Marktmodell passt: Wenn sich die so Bezuschussten auf den Markt begeben und nachfragen, dann wird die freie Preisfindung nicht beeinträchtigt. Und ohne die merkte ja keiner, dass irgendetwas knapp ist, und alles wäre per definitionem ganz ineffektiv. Mit freier Preisfindung ist hingegen wirtschaftstheoretisch alles in Ordnung: „Selbst eine hohe Besteuerung zugunsten eines sozial- und staatswirtschaftlichen Konsums ist bei der Wahl richtiger Steuermittel eine marktwirtschaftlich durchaus neutrale Tatsache, welche die Nachfragedaten zwar entscheidend verändert, deren Berücksichtigung aber die marktwirtschaftlichen Regeln nicht verletzt.“

Die „Regeln“, die die Markttheorie aufgestellt hat, würden tatsächlich nicht verletzt, wenn die Politik den

Reichen ihr Geld wegnähme, um es den Armen zu geben. Wer da als Nachfrager auftritt und was der dann nachfragt, ist schließlich völlig egal für das „freie Spiel“ von Nachfrage und Angebot, für das die Wirtschaftswissenschaft die Grundregel aufgestellt hat, dass beide sich immer einander anpassen und damit alles ins Lot bzw. Gleichgewicht kommt. Insofern gibt es also keinerlei Marktproblem bei der Vermögensumverteilung.

In der realen Sozialen Marktwirtschaft geht es aber nicht um die Anzeige von Knappheit, den Einklang von Angebot und Nachfrage und ähnlichen Unsinn. Da geht es um Kapitalwachstum, also um Geld, das einzig und allein deshalb in die Produktion investiert wird, um es zu vermehren. Und dafür ist es von entscheidender Bedeutung, dass ein Großteil der Bevölkerung über kein Vermögen und kein Einkommen verfügt und deshalb kostengünstig als Produktionsfaktor zu haben ist. Dass diese Leute „Anbieter“ besonderer Art sind, wird deutlich, wenn Müller-Armack den Mindestlohn thematisiert: „Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im Wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden.“

Wieso aber ist eine staatlich festgelegte Lohnuntergrenze „marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch“, wenn

Preisbindungen generell ein Vergehen gegen die marktwirtschaftliche Effizienz darstellen? Aus der Markttheorie ergibt sich das nicht! Es ergibt sich daraus, dass auf dem Arbeitsmarkt Preise erzielt bzw. gezahlt werden, deren geringe Höhe mit den „sozialethischen Prinzipien“ eines Wirtschaftsfachmannes schon mal schwer vereinbar sein kann. Gegenüber stehen sich da nämlich die Anbieter von Arbeitskraft, die wegen ihrer Besitzlosigkeit auf jeden Lohn angewiesen sind, und die Nachfrager nach Arbeit, die dafür nur so viel zahlen, dass ihre Gewinnkalkulation aufgeht. Es handelt sich da in aller Freiheit um ein materielles Erpressungsverhältnis, in dem die eine Seite ihr Angebot nur um den Preis des Existenzverlustes zurückziehen kann, weswegen die andere bei der Erzielung eines günstigen Kostpreises leichtes Spiel hat. Weil es auf den Geschäftserfolg dieser Seite aber ankommt, muss die Politik bei ihren sozialethischen Maßnahmen schwer aufpassen. Am besten geht das, wenn sie die Unternehmen auf die Sozial- und Lohnkosten festlegt, die das durchschnittliche Unternehmen sowieso bezahlt. Dieses Armutsniveau ist in jedem Fall „marktkonform“.

(Alle Zitate aus: FAZ, 11. April '09, S. 31)

Quelle: www.versus-tuebingen.de

Ankündigungstext Vortrag & Diskussion

Die Wahlen

Ein Lehrstück über die Herrschaft namens Demokratie

- 09.09.2009, 19:30 Uhr, *Universität Jena*, Carl-Zeiss-Str.3, Seminarraum 206
- 10.09.2009, 19:30 Uhr, *“Filler”*, Schillerstrasse 11, Erfurt

Demnächst wird in Deutschland wieder gewählt, das Herz jedes guten Staatsbürgers schlägt höher – oder sollte es wenigstens, glaubt man der offiziell verbreiteten guten Meinung über die Wahl. Immerhin handelt es sich bei diesem nationalen Großereignis um das Kernstück der Demokratie. Durch Wahlen, so heißt es, zeichnet sich diese Staatsform vor allen anderen aus: Sie legitimieren die Ausübung der politischen Macht.

In der Demokratie wird nicht einfach regiert – das Volk erteilt per Abstimmung höchstförmlich den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte. Dafür wird die Demokratie geschätzt und gelobt, das verleiht der demokratischen Herrschaft ihr besonderes Gütesiegel. Das unterscheidet sie zum Guten von Ländern, in denen die Herrschaft ihr Volk nicht ordentlich oder gar nicht wählen lässt: Da, so hört man, herrschen üble, menschenfeindliche Verhältnisse. Vom Wählendürfen soll also abhängen, was das Volk von seiner Regierung hat. Besonders glaubwürdig ist dieses Lob der Wahl nicht. Nicht einmal diejenigen, die sich als Politiker und Wähler

an dieser nationalen Großveranstaltung beteiligen, scheinen so recht an dieses offizielle Lob zu glauben: Von einer allgemeinen Begeisterung darüber, dass jetzt endlich wieder gewählt werden darf, ist weder bei den Regierenden noch beim Volk etwas zu bemerken. In auffälligem Kontrast zur guten Meinung vom Wählen steht, wie Führung und Volk tatsächlich zur Wahl stehen:

- Die an der Macht befindlichen politischen Führer bekunden, dass sie die ganze Veranstaltung eigentlich ziemlich lästig finden. Sie lassen verlauten, dass sie eigentlich Wichtigeres zu tun haben als sich wieder einmal dem Votum des Volkes zu stellen: Eine Wirtschaftskrise muss bewältigt werden, in Afghanistan ist ein kleiner Krieg zu führen, da passt es eigentlich gar nicht, lassen sie durchblicken, jetzt Wahlkampf zu machen und das Volk zum Urnengang zu agitieren. Wenn dann aber nun mal der Wahlkampf los geht, machen die Kandidaten aller Couleur keinen Hehl daraus, worum es ihnen dabei geht: Für sie ist die Wahl eine Gelegenheit, in ein Amt zu kommen, sich auf Kosten der Konkur-

Vortrag und Diskussion

Prof. Dr. Margaret Wirth

Die Wahlen

Ein Lehrstück über die Herrschaft namens Demokratie

Ort: Uni Jena, Seminarraum 206, Carl-Zeiss-Str. 3

Zeit: Mittwoch, 09.09.2009, 19:30 Uhr

Ort: Verdi-Jugendbüro „Filler“, Schillerstrasse 44, Erfurt

Zeit: Donnerstag, den 10.09.2009, 19:30 Uhr



weitere Informationen: www.pg.blogsport.de



rls
Rosa-Luxemburg-Stiftung

renz zu profilieren und durchzusetzen. Und die Presse findet auch gar nichts dabei, die Politiker danach zu begutachten, wer dabei die beste Schau abzieht.

- Das Volk führt sich seinerseits überhaupt nicht so auf, als hätte es das dringende Bedürfnis, endlich seine Rolle als Souverän einmal wieder spielen zu dürfen. Klar, einfach zufrieden mit der herrschenden Politik ist keiner so recht. Aber Krise hin, Renten her: Umfragen ergeben, dass die Mehrheit der Wähler es gut noch eine Weile mit Merkel und Gutenberg aushalten würden. Ihretwegen bräuchte es die Wahl schon einmal überhaupt nicht – zumal die meisten Wähler ohnehin die Wahlen als ziemlichem Schwindel betrachten, den sie längst durchschaut haben. Da lassen sich aufgeklärte Wähler nichts vormachen: Dass aufgrund der Abstimmung ihr Wille geschieht, wenn die Regierenden sich ans Regieren machen, behauptet keiner so recht. So „naiv“ will keiner sein, dass er sich vormacht, mit seiner Stimmabgabe könne er wirklich etwas verändern; den Spruch, dass „die da oben doch machen, was sie wollen“, weiß noch jeder gute Staatsbürger herzusagen.

Was in der offiziellen Lobeshymne über die Wahl wie in der ziemlich schlechten Meinung der „Realisten“ von oben und unten nicht zur Sprache kommt, das ist die wirkliche Bedeutung, die dieser Veranstaltung im politischen Leben der Nation zukommt. In der Wahl wird über nichts weniger entschieden als darüber, wer regiert:

Wer die Macht im Lande ausübt, den nationalen Haushalt verwaltet, über Steuern, Renten, Krieg und Frieden, über sämtliche Lebensbedingungen der Leute im Lande entscheidet. Die Entscheidung darüber, wer das demnächst darf, ist den Wählern anheim gestellt: Denen steht es zu, mit ihrer Stimmabgabe die eine oder andere Politikerriege zur Führung der Staatsgeschäfte zu ermächtigen. Und die Wähler treffen dann ja auch ihre Wahl: Schlechte Meinung hin oder her, am Wahlsonntag will dann doch jeder einen Unterschied zwischen den verschiedenen politischen Figuren kennen und sich lieber von der einen regieren lassen als von dem anderen.

Worum geht es also bei der Wahl? Was leistet sie für die politische Herrschaft in der Demokratie – und was für den Wähler?

Die Klärung dieser Fragen wird ergeben, warum in der Demokratie soviel wert auf die Beteiligung des Volkes bei der Auswahl der politischen Führung gelegt wird – und woran die Freiheit des Wählens ihre Grenzen hat.

Ankündigungstext Vortrag & Diskussion

Konsum und Konsumkritik im Kapitalismus

‘Wohlstands- und Überflussgesellschaft’ - ‘Konsumterror - Konsumentenmacht’

29.10.2009, 19.30 Uhr, *Offene Arbeit*, Allerheiligenstrasse 9, Erfurt

Wer heute noch behauptet, Arbeiter hätten im Kapitalismus nichts zu verlieren als ihre Ketten, macht sich lächerlich. Nicht zuletzt vor den Leuten, von denen die Rede ist. Wir leben nämlich in einer „Wohlstandsgesellschaft“, auch wenn die feinsinnige Unterscheidung zwischen Kaufhäusern und Discountern, Anbietern und Billiganbietern, Tourismus und low-budget-Reisen Zweifel an der Behauptung aufkommen lassen könnte. Der Konsum der Menschen gilt einfach als letztes Ziel dieser Wirtschaft und als überaus gut bedient dazu. Als müsste um jeden Euro Lohn gekämpft werden, wenn dem so wäre!

Eine Kritik am Konsum im Kapitalismus gibt es allerdings auch. Die Gesellschaft laboriert angeblich an einem Zuviel davon, so dass sie auch „Überflussgesellschaft“ heißt. Der „Konsumterror“ lauert in jeder Einkaufspassage und kommt jeden Abend mit der TV-Werbung ins Haus, die mit ihrer Manipulation „künstliche Bedürfnisse“ kreiert, damit die Kassen klingeln. Als rastloser Autofahrer versaut

dann der Konsument das Klima, als unersättlicher Fleischfresser nötigt er die Agrarindustrie, zu minimalen Preisen maximale Mengen von Gammelfleisch über den Tresen zu reichen.

So kommt „König Kunde“ in den Genuss einer Doppelrolle: Als Konsument darf er dem Kapitalismus für eine Leistung danken, die gar nicht im Programm ist, Versorgung. Und die schädlichen Wirkungen, die das kapitalistische Wachstum tatsächlich auf Natur und Gesundheit hat, weil Gewinn statt Versorgung sein Ziel ist, darf der Konsument seiner Maßlosigkeit in Versorgungsdingen zurechnen. Der Vortrag will nicht nur erläutern, welche Rolle der Konsum im Kapitalismus wirklich spielt, sondern auch die gängigen Ideologien über „König Kunde“, seine Anfälligkeit für die Tricks der Werbung sowie seine Konsumentenmacht kritisieren.

Vortrag & Diskussion

Dr. Theo Wentzke

'Wohlstands- und Überflussgesellschaft', 'Konsumterror und Konsumentenmacht':

Konsum und Konsumkritik im Kapitalismus

Ort: Offene Arbeit Erfurt, Allerheiligenstrasse 9

Zeit: Donnerstag, den 29.10.2009, 19:30 Uhr

Leisten wir uns wirklich zu viel?



weitere Informationen: www.pg.blogsport.de

Vortrag und Diskussion

Prof. Dr. Margaret Wirth

Die Wahlen

Ein Lehrstück über die Herrschaft namens Demokratie

Ort: Uni Jena, Seminarraum 206, Carl-Zeiss-Str. 3

Zeit: Mittwoch, 09.09.2009, 19:30 Uhr

Ort: Verdi-Jugendbüro „Filler“, Schillerstrasse 44, Erfurt

Zeit: Donnerstag, den 10.09.2009, 19:30 Uhr



weitere Informationen: www.pg.blogsport.de



rls
Rosa Luxemburg-Stiftung